

Es geht uns alle an!

Autor(en): **ME**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Lehrerinnenzeitung**

Band (Jahr): **69 (1965)**

Heft 2

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-317263>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Es geht uns alle an!

Wir möchten heute ein sehr heikles und aktuelles Problem aufgreifen, nämlich die *Überfremdung*. Rund 15 % der Gesamtbevölkerung, respektive 28 % der Erwerbstätigen sind Ausländer. Die Fremdarbeiterfrage — noch vor einem Jahr nannte man die Fremdarbeiter viel freundlicher Gastarbeiter — wird seit einigen Monaten heftig diskutiert. Im Vordergrund stehen leider oft gefühlsbetonte, unsachliche Gründe. Die Frage berührt direkt und indirekt auch die Schule, respektive die Lehrerschaft. In den meisten Klassen unseres Landes sind fremdsprachige, meist italienische Kinder anzutreffen. Aber auch als Bürgerinnen (mit Mitsprache-, aber ohne Mitbestimmungsrecht!) können wir diesem Problem nicht ausweichen.

Lange, allzulange haben die Behörden den ständig wachsenden Zustrom von Fremdarbeitern hingenommen und die warnenden Stimmen überhört. Nun hat das Abkommen mit Italien den Stein ins Rollen gebracht, und das Schweizervolk wurde aus der «Wohlstandsruhe» aufgeschreckt. Die Fremdarbeiterfrage ist also zu einem allgemeinen Problem geworden, das nicht bagatellisiert, aber auch nicht dramatisiert werden sollte. Auf alle Fälle ist es bestimmt falsch und ungerecht, heute die Fremdarbeiter für einen Zustand verantwortlich zu machen, welcher durch *unsere* Lauheit und *unsere* materielle Einstellung herbeigeführt worden ist.

Es würde nun zu weit führen, wenn wir die kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Gefahren im einzelnen betrachten. (Verschiedene Aspekte werden ja in den nachfolgenden Zeitungsausschnitten noch aufgezeigt.) — Eines ist gewiß. Wir haben die Fremdarbeiter in der Landwirtschaft und im Baugewerbe, in der Gastwirtschaft und in der Industrie dringend nötig. Ulrich Gadiant schreibt in der «Neuen Bündner Zeitung»:

«Steigender Wohlstand ist unter den heutigen Verhältnissen in der Schweiz ohne Fremdarbeiter nicht mehr möglich. Es wäre daher ein Verhängnis, die schweizerische Wirtschaft so weit drosseln zu wollen, daß sie mit den landeseigenen Kräften auskommen müßte.» —

Heute ist jedoch das Schweizervolk ziemlich einhellig der Auffassung, daß die Zahl der Fremdarbeiter in unserm eigenen Interesse auf ein tragbares Maß reduziert werden muß. Über die Art des Vorgehens kann man ja verschiedener Auffassung sein. Wer jedoch die Stellungnahmen in der Presse kritisch verfolgt, bemerkt sehr rasch, daß leider meist nicht das allgemeine Wohl, sondern das individuelle Interesse einzelner Gruppen im Vordergrund steht. Die dringend notwendige Reduktion des Fremdarbeiterbestandes wird aber nur möglich sein, wenn in allen Kreisen die Einsicht und der Wille besteht, gewisse Opfer zu bringen. Mit behördlichen Maßnahmen allein ist es nicht getan, vor allem wenn die Bestimmungen zu wenig straff durchgeführt werden. Das beste Resultat dürfte vermutlich erreicht werden, wenn gleichzeitig möglichst verschiedenartige Lösungen vorgesehen werden. Wir fragen uns, ob nicht mit den folgenden Maßnahmen eine wesentliche Einsparung an ausländischen Arbeitskräften erzielt werden könnte? Es sind dies:

1. *Ausscheidung der wirklich unfähigen Fremdarbeiter.* Diskussionen ergeben, daß es im Gewerbe und in der Industrie Arbeitskräfte hat, die ihre Aufgabe nur mangelhaft erfüllen, d. h. die in einem ganzen Tag nur die Hälfte — oft noch weniger — eines durchschnittlichen Arbeitspensums leisten. Diese Leute untergraben oft noch die Arbeitsmoral der andern.

2. Eine zusätzliche — wenn vielleicht auch bescheidene — *Reduktion der ausländischen Arbeitskräfte in der Industrie*. Die Industrie ist heute sicher in der Lage, durch Rationalisieren und durch das Errichten von Filialen im Ausland einen Ausgleich zu schaffen.
3. *Eine vorübergehende Verlängerung der Arbeitszeit*. Diese Maßnahme wird von den Gewerkschaften zwar abgelehnt, von einem großen Teil der Arbeiter und Angestellten jedoch befürwortet.
4. *Eine bessere Erfassung von einheimischen Arbeitskräften* (Männer und Frauen), die gewillt und in der Lage sind, *Teilzeitarbeit* zu leisten.

Was andere schreiben

Wir möchten nun einige Ausschnitte aus Artikeln zitieren, in welchen sich die Verfasser oder Verleger zwar für eine Reduktion der Fremdarbeiter einsetzen, aber auch der *menschlichen Seite* der Frage Aufmerksamkeit schenken. Dr. Gadiant schreibt in seinem Beitrag zum Überfremdungsproblem (NBZ):

«Davor — vor gefühlsbetonten Vorurteilen und Verallgemeinerungen — insbesondere vor einem eigentlichen Fremdenhaß oder auch nur einer Überheblichkeit gegenüber dem Ausländer, wozu nicht der geringste Grund besteht, gilt es rechtzeitig zu warnen und sich entschieden dagegen zu wehren.» —

Im «Beobachter» ist eine Studie von *Dr. A. J. Seiler*, dem Regisseur des Filmes «*Siamo Italiani/Die Italiener*» erschienen. Er berichtet über seine Gespräche mit Italienern und schreibt im Abschnitt «Menschen zweiter Klasse?»:

«Es gab kaum ein «Problem», eine Detailfrage des Fremdarbeiterlebens, auf die in unseren Gesprächen nicht die Rede kam: die fremdenpolizeilichen Vorschriften, der Familiennachzug, die Benachteiligung der Saisonarbeiter und vieles andere mehr. Trotzdem gewannen wir den Eindruck, daß alle diese Probleme für den Italiener letzten Endes zweitrangig sind — gemessen an der menschlichen Haltung des Schweizers ihm gegenüber. Wenn eines aus unsern Gesprächen mit überwältigender Deutlichkeit hervorgeht, dann dies: die Italiener fühlen sich von den Schweizern diskriminiert — sie kommen sich in der Schweiz als Menschen zweiter Klasse vor. Sie fühlen sich umgeben von Vorurteilen und Pauschalurteilen wie: «schmutzig, laut, faul, dumm, frech» — und so weiter und so fort —, die vom Tag der Einreise an auf ihnen lasten und sie von ihrer schweizerischen Umwelt abriegeln wie eine unsichtbare Mauer.» —

Nun noch zwei Stellungnahmen zum

«*Italienerabkommen*»

— Wie die zwar unschöne, aber allgemein übliche Bezeichnung lautet. Die Zürcher Frauenzentrale hat in einem längern Schreiben an die Ständeräte, die Präsidenten der Fraktionen des Nationalrates und an die Nationalräte des Kantons Zürich ein Schreiben gesandt und Stellung zum Einwanderungsabkommen mit Italien genommen. Wir entnehmen diesem Schreiben den folgenden aufschlußreichen Abschnitt:

«Soweit wir die Sachlage überblicken, ist die Schweiz in keiner Art und Weise vorbereitet, die zusätzlichen Aufgaben zu erfüllen, die ihr aus dem Abkommen erwachsen. Wir denken hier vor allem an die Beschaffung genügenden Wohnraums, die Bereitstellung von Spitalbetten (vor allem in den Frauenkliniken), Krippen, Kindergarten- und Hortplätzen und Schulen. Der bereits bestehende Mangel an Lehrkräften aller Schulstufen wird sich verschärfen und die Fremdsprachigkeit der Schüler eine zusätzliche Belastung für Lehrer und Betreuer bringen. Schon heute sehen

wir, daß z. B. in den überfüllten Kinderkrippen bis zu 75 Prozent der Kinder aus Gastarbeiterfamilien stammen und unsere eigenen Kinder kaum mehr die Muttersprache richtig sprechen lernen. Nach dem Nachzug der Familien steigt der Prozentsatz weiter an. Die zunehmende Überfüllung der Verkehrsmittel führt zu unhaltbaren Zuständen und dürfte kaum dazu beitragen, das Verhältnis zu den Gastarbeitern zu fördern. Während der letzten Jahre reisen in wachsender Zahl ungelernete Arbeiter in unser Land ein und verrichten Arbeiten, für die sie weder schul- noch berufsmäßig vorgebildet sind. Auch nach angemessener Anlernzeit erreichen sie vielerorts bei weitem nicht die bei uns üblichen Leistungen und sind eine dauernde Belastung ihrer verantwortlichen Mitarbeiter. Ein Andauern dieser Verhältnisse muß sich für Niveau und Ertrag unserer Arbeit sehr negativ auswirken. Hinzu kommt, daß einem großen Teil der Gastarbeiter ein Partnerschaftsverhältnis von Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wie es in unserem Land wesentlich zum Arbeitsfrieden beigetragen hat, gänzlich unbekannt ist. Auch hier könnten sich für eine weitere Zukunft schwere Schäden ergeben, insbesondere eine verhängnisvolle Radikalisierung der politischen Verhältnisse. Daß mit einer Weiterführung der bisherigen Fremdarbeiterpolitik eine geistige Überfremdung einhergeht, ist offensichtlich und in den Folgen noch kaum abzuschätzen.

Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß heute eine große Zahl zusätzlicher Arbeitskräfte notwendig ist, einzig um die vielfältigen Lebensbedürfnisse der Gastarbeiter selber zu erfüllen (z. B. Wohnungsbau, Dienstleistungen). Wir sind an einem Punkt angelangt, da wir in großem Ausmaß und mit großem Arbeits- und Finanzaufwand soziale Einrichtungen neu schaffen müssen, während dem natürlichen Wachstum der Bevölkerung ein organischer Ausbau der bestehenden Einrichtungen hätte genügen können.»

Aus dem schon erwähnten Beitrag von Dr. Gadiant noch zwei kleine Abschnitte zu dieser Frage:

«Auch das Italienerabkommen bringt keine Lösung. Es wird im Gegenteil die Überfremdung vergrößern, die Zahl der ausländischen Bevölkerung erhöhen, die Zahl der Arbeitskräfte aber vermindern. Es wird die Zusammenballung in den städtischen Regionen noch beschleunigen ...» ... «Das Italienerabkommen ist auf alle Fälle verfrüht. Die Schweiz ist nicht gerüstet. Die Expertenkommission gibt das selber zu.»

Nun kommen wir noch zum Thema

«*Schule und Fremdarbeiter*».

Wir hatten einen sehr umfassenden, guten Beitrag von Prof. Dr. J. R. Schmid aus dem Schweiz. Feuilletondienst für die Februarnummer bereit. Nun ist dieser Artikel in etwas anderer Form im «*Berner Schulblatt*» erschienen. Deshalb möchten wir den Inhalt dieser Arbeit zusammengefaßt und gekürzt bringen und dafür auf den nachfolgenden Artikel «*Was soll mit den italienischen Kindern geschehen?*» von Rolf Merz verweisen.

Prof. Dr. J. R. Schmid schildert in seiner ausführlichen Abhandlung erst die früher durchgeführte «*Rotationspolitik*» und weist dann auf die Bestrebungen der «*Assimilierung*» hin, die nach Ansicht des Verfassers zu 99 Prozent aus rein wirtschaftlichen Gründen gewünscht wird und die er sehr kritisch betrachtet. Er fordert dann statt der Assimilierung eine *aktive Toleranz*, wobei er es begrüßen würde, wenn «in vielen größeren Ortschaften *italienische Privatschulen für die Elementarschuljahre* entstünden». Er weist im besondern darauf hin, daß diese Schulen nicht vornehmlich aus nationalen oder konfessionellen Gründen entstehen, sondern wegen der Eigenart des italienischen Schulsystems.» Wir möchten nun aus dem lesenswerten Beitrag zwei Abschnitte im Wortlaut bringen:

«... Unsere Behörden weigern sich, aus prinzipiellen, in unserer eigenen Schulgeschichte und ihrer Problematik wurzelnden Gründen, solche Schulen zu subventionieren. Aber wenn man schon mit dem Gedanken umgeht, Hunderttausende von Angehörigen einer gleichen Konfession und von meist undurchsichtigem politischem Empfinden, in die Arme zu schließen, dürfte man doch wohl auch daran denken, die eine oder andere kleinere kulturpolitische Position aus dem 19. Jahrhundert aufzugeben. Man sollte diesen Schulen Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, Schulmaterial, und man sollte ihnen wenigstens Beiträge für das ausrichten, was sie — durch Deutschunterricht, schweizerische Heimatkunde usw. — dafür tun, daß es unserer Schule leichter fällt, die Kinder zu übernehmen, die über das 5. Schuljahr hinaus in der Schweiz bleiben.

Auch wenn wir nicht die eigentliche Assimilierung zum Ziele haben, sondern aktiv tolerant sein wollen, müssen wir aber natürlich wünschen, daß Fremdarbeiterkinder, auch wenn sie nur einige Jahre bei uns bleiben, rasch und gut den *Anschluß in unseren Schulen* finden. Und ich weiß, daß gerade Kinder aus Italien sich in unseren Schulen sehr glücklich fühlen können. Der familiäre Umgangston und die kindgemäßeren Unterrichtsmethoden unseres Landes sagen ihnen ausgesprochen zu. Aber wenn sie wochenlang kein Wort verstehen, beständig mit Abschreiben und Zeichnen absondert werden, wegen der Sprache zurückmüssen — oft mehr als um eine Klasse — dann erleben sie trübe Zeiten und finden oft kein richtiges Verhältnis mehr zur Schule. Es wäre ein elementares pädagogisches Gebot, ihnen dies zu ersparen...»

«... Und der *Lehrermangel*? Wenn man im Geiste aktiver Toleranz so unerschrocken dächte wie im Geiste der Assimilierung, so wäre nicht einmal der Lehrermangel ein Argument gegen solche Maßnahmen. In Italien sind Tausende von Lehrkräften arbeitslos. Ich habe an einem konkreten Falle die Gewißheit gewonnen, daß eine gute und begeisterte italienische Lehrerin während weniger Monate Aufenthaltes in der Schweiz, unter spezieller sprachlicher Schulung, für die Funktion, ihre kleinen Mitbürger auf die Schweizerschule überzuleiten, ausreichend vorbereitet werden kann.»

Wir freuen uns, wenn die Leserinnen durch die Ausführungen angeregt werden, sich mit der für unser Volk so wichtigen Frage der Überfremdung auseinanderzusetzen. Wir hoffen aber auch, einige Beiträge von Kolleginnen zu erhalten, die von persönlichen Erfahrungen mit fremdsprachigen Kindern berichten.

ME

Was soll mit den italienischen Kindern geschehen?

In zunehmendem Maße bilden die Kinder unserer Fremdarbeiter, vor allem der Arbeitskräfte aus Italien, ein nicht eben leichtes Problem. Wie soll man dieselben in unserm Lande schulen, damit sie so gefördert werden können, wie dies bei den einheimischen Kindern der Fall ist? Immer mehr wird gefordert, man müsse den Fremdarbeitern helfen, sich an unser Land, an unsern Lebensstil, an unsere sozial- und wirtschaftspolitischen Verhältnisse anzupassen. Das ist gewiß ein begrüßenswerter Wunsch, vor allem nachdem immer mehr Fremdarbeiter für immer bei uns ansäßig werden. Wenn aber diese Assimilierung so verstanden wird, daß die Kinder unserer Gastarbeiter unsere Volksschulen zu besuchen haben, geht man hier unseres Erachtens einen Schritt zu weit.

Man muß bedenken, daß italienische Kinder unsere Sprache nicht oder nur mangelhaft kennen. Werden sie in unsere Volksschulen eingewiesen, vermögen sie aus sprachlichen Gründen nicht, dem Unterricht zu folgen. Sie